Das ungleiche Kandidaten-Duell

National- und Ständeratswahlen
18. Oktober 2015

NIDWALDEN Am 18. Oktober ist Wahltermin für die eidgenössischen Räte. Drei Kandidaten stellen sich der Wahl in den Ständerat (Ausgabe vom Mittwoch). Die Entscheidung um den einzigen Sitz im Nationalrat fällt nun auch an der Urne, nachdem sich der Zürcher WOZ-Journalist Andreas Fagetti als Herausforderer von Peter Keller (SVP) hat nominieren lassen.

«Ich versuche, ein offenes Ohr zu haben»

INTERVIEW MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Der Hergiswiler SVP-Politiker Peter Keller holte 2011 den einzigen Nidwaldner Sitz im Nationalrat von der FDP. Wir unterhielten uns mit dem 44-jährigen Historiker und «Weltwoche»-Redaktor über die kommenden Wahlen und seine Anliegen für die kommende Legislaturperiode.

Peter Keller, sind Sie froh, dass es nun eine richtige Wahl gibt für den Nidwaldner Nationalratssitz?
Peter Keller: Ich kann ja nicht gegen mich selber antreten. Jetzt gibt es eine Wahl, und das ist gut so.

Was wollen Sie bei Ihrer Wiederwahl für Nidwalden in Bern erreichen?
Keller: Ich habe gemerkt, dass es für die Nidwaldner wichtig ist, eine Ansprechperson zu haben. Das hat man bei der ganzen Wellenberg-Diskussion gesehen, das sieht man jetzt bei den Betreibern von Kleinseilbahnen, denen eine entfesselte Bürokratie das Leben schwer macht. Ein direkter Draht wird geschätzt.

Welche auch für Nidwalden wichtigen Schwerpunkte stehen in der kommenden Legislaturperiode an?
Keller: Ein wichtiges Thema auf nationaler Ebene bleibt sicher der nationale Finanzausgleich (NFA). Er läuft völlig aus dem Ruder und führt dazu, dass ein haushälterischer Kanton wie Nidwalden bestraft wird. Pro Kopf bezahlen wir heute doppelt so viel in den NFA wie der Wirtschaftskanton Zürich.

Wie kann der NFA für die Geberkantone verträglicher gestaltet werden?
Keller: Man müsste einen Höchstbetrag, eine Art Schmerzgrenze, für die Geberkantone einrichten. Die Nehmerkantone sollten auch gewisse Auflagen erfüllen. Es kann nicht sein, dass wir beispielsweise in Bern Frühpensionierungen finanzieren. Drittens wäre eine neutrale Zone nötig: Finanzstarke Kantone unterstützen finanzschwache Kantone. Die mittelstarken Kantone müssten aber auf eigenen Beinen stehen. Dann könnte man den NFA-Gesamtbetrag um rund eine Milliarde Franken runterbringen.

«Die europäische Asylpolitik ist offensichtlich gescheitert.»

Wie funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dem abtretenden Ständerat Paul Niederberger?
Keller: Sehr gut. Wir haben uns schon gekannt und haben ein gutes persönliches Verhältnis. Wir konnten Nidwaldner Anliegen in den jeweiligen Rat einbringen. Und dann gab es natürlich noch das legendäre «Peter und Paul» (öffentliche Veranstaltung zum Rückblick auf die Session, Anm. d. Red.). Das wird am 26. September zum letzten Mal stattfinden.

Sie möchten die Zusammenarbeit mit der Vertreterin oder dem Vertreter im Ständerat fortsetzen?
Keller: Ich hoffe, dass die Zusammenarbeit in diesem Sinne fortgesetzt werden kann.

Gibt es auch eine Zusammenarbeit zwischen den eidgenössischen Parlamentariern der Zentralschweizer Kantone?
Keller: Ja, die gibt es. Vorausschicken muss ich, dass die Zentralschweiz ein wenig das Stiefkind der Berner Politik ist. Gerade, was etwa Infrastruktur-Vorhaben betrifft. In der Westschweiz und im Raum Zürich wird vieles gemacht, wir gehen oft leer aus. Ein Beispiel ist der Durchgangsbahnhof Luzern. Wir haben ein Nadelöhr beim Gütsch in Luzern, wir alle brauchen eine Durchmesserlinie für den Regionalverkehr, aber auch für die Anbindung an Zug/Zürich oder nach Bern/Basel. Dafür setzen wir uns in einem überparteilichen Komitee ein. Auf der anderen Seite gibt es die Konferenz mit den Zentralschweizer Regierungen, um direkt Anliegen aufzunehmen. Je nach Geschäft versuchen wir, im National- und Ständerat Allianzen zu schmieden. Was nicht ganz einfach ist. Allein der Kanton Zürich hat mehr Nationalräte als alle sechs Zentralschweizer Kantone zusammen.

Derzeit ist die Flüchtlingskrise ein beherrschendes Thema. Würden Sie bei sich zu Hause Flüchtlinge aufnehmen?
Keller: Private Unterkünfte sind keine Lösung. Die europäische Asylpolitik ist offensichtlich gescheitert, und die Schweiz ist leider ein Teil davon. Anstatt Massnahmen zu treffen, macht der Bundesrat die Augen zu und wurstelt weiter.

Welche Massnahmen?
Keller: Ganz zuerst müssen wir wieder die Grenzen sichern. Dann haben wir ein Asylabkommen mit der EU (Dublin). Nehmen wir Italien. Hier müssten die ankommenden Flüchtlinge registriert und die Asylgesuche behandelt werden. Das funktioniert so wenig wie in Griechenland oder Ungarn. Italien nimmt auch praktisch keine Asylbewerber mehr zurück, obwohl es dazu verpflichtet wäre. Wir haben ein Migrationschaos. Es kommen Flüchtlinge, es kommen Kriegsvertriebene, aber auch eine grosse Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen, von denen viele in den Sozialwerken landen mit unabsehbaren Kostenfolgen für unsere Gemeinden. Wir können nicht die halbe Welt aufnehmen.

Was sagen Sie jenen Nidwaldnerinnen und Nidwaldnern, die sich von Ihnen in Bern nicht vertreten fühlen?
Keller: Nach meiner Wahl 2011 habe ich all jenen, die das Gefühl hatten, mit dem Keller in Bern werde jetzt alles gut, gesagt: «Ich bin nur einer von 200.» Das Gleiche sagte ich den Leuten, die dachten, der Keller in Bern sei eine Katastrophe. Wenn man der einzige Vertreter eines Kantons ist, kann man nie alle Anliegen abdecken. Ich versuche, ein offenes Ohr zu haben. Zum Beispiel habe ich alle Parteien, auch die Juso, mit einem Brief eingeladen, mich zu kontaktieren, wenn es darum geht, Informationen zu beschaffen oder einen Kontakt herzustellen.

Peter Keller als Gastredner an der Nominationsversammlung der SVP Obwalden.
Bild Izedin Arnautovic

«Mein Hauptanliegen ist, dass eine Wahl stattfindet»

INTERVIEW MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

«Demokratie ermöglichen» steht auf dem Wahlvorschlag von Andreas Fagetti als Parteibezeichnung. Wir sprachen mit dem 55-jährigen in Zürich wohnhaften Journalisten der Wochenzeitung «WOZ» über seine Kandidatur, politischen Ansichten und darüber, was er in Nidwalden kennt.

Andreas Fagetti kennt das Bundeshaus als Journalist.
Bild PD/Florian Bachmann

Andreas Fagetti, im Fall Ihrer Wahl wollen Sie nach Nidwalden ziehen. Sind Sie schon auf Wohnungssuche?
Andreas Fagetti: Nein, es wäre überheblich, wenn ich jetzt schon suchen würde.

Wo ordnen Sie sich politisch ein?
Fagetti: Eindeutig links der Mitte. Ich war früher einmal SP-Mitglied, bin seit längerem aber in keiner Partei mehr. Für mich steht die Sache im Vordergrund. Und da ist mir meine Unabhängigkeit wichtig. Ich denke gerne selber.

Welche politischen Erfahrungen haben Sie schon gesammelt?
Fagetti: Als 21-Jähriger war ich Gründungsmitglied der Grünen Rheintal. Für diese Gruppierung habe ich für den Kantonsrat kandidiert. Es hat damals knapp nicht gereicht für ein Mandat. Praktische politische Erfahrungen habe ich nicht, abgesehen von der Mitarbeit in lokalen Kommissionen. Ich wäre also ein Quereinsteiger. Aufgrund meiner journalistischen Arbeit kenne ich allerdings den Politbetrieb als Beobachter auf allen Stufen bis hinauf zum Bund einigermassen.

Was haben Sie seit der Ankündigung Ihrer Kandidatur vom Kanton Nidwalden kennen gelernt?
Fagetti: Ich war schon mehrere Male in Stans an Stand- und Verteilaktionen jener «WOZ»-Ausgabe, in der meine Kandidatur begründet ist. Ausserdem beschäftige ich mich mit der neueren Nidwaldner Geschichte, der aktuellen Politik und habe

«Es ist unwahrscheinlich, dass ich gewählt werde.»

an Hearings lokale Politikerinnen und Politiker kennen gelernt. Von ihren regionalen Kenntnissen profitiere ich. Zum Beispiel habe ich mittlerweile Kenntnis genommen vom Sparpaket, das der Landrat beschlossen hat, und von den Referenden, die die Grünen dagegen ergriffen haben. Sozialpolitik ist für mich ein Schwerpunkt, in den Referenden geht es um soziale Fragen. Zum Beispiel beim Schulgeld für weiterführende Schulen. Hier geht es um Chancengleichheit. Das sind eigentlich versteckte Steuern und Gebühren. Diese treffen Leute mit kleinerem Einkommen ungleich stärker als Grossverdiener.

Wie waren Ihre Begegnungen mit der Nidwaldner Bevölkerung?
Fagetti: An einer Standaktion am Stanser Wochenmarkt konnte ich am vergangenen Samstag verschiedene Gespräche führen. Das war insgesamt eine gute Erfahrung. Aber mir sind auch ein, zwei Leute begegnet, die die Kandidatur eines Zürchers in Nidwalden klar ablehnen. Dem muss ich mich stellen. In Zürich wohne ich überdies erst seit drei Jahren. Zuvor lebte ich in der Ostschweiz.

Was möchten Sie als Nationalrat für Nidwalden in Bern erreichen?
Fagetti: Da komme ich noch einmal aufs Sparpaket zurück. Ich bin nicht grundsätzlich gegen tiefe Steuern, ich bin nicht gegen Reiche und Unternehmer. Aber eine Politik, die ohnehin schon Privilegierte bevorzugt, lehne ich ab. Von der Tiefsteuerpolitik profitieren Wohlhabende ungleich stärker als Mittel- und Kleinverdiener. Auch im Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen sind Reiche bevorzugt, sie können das leichter ausnutzen und rasch umziehen. Wer hingegen ein Haus gekauft hat und ein mittleres Einkommen hat, kann nicht einfach so wegziehen, nur weil anderswo die Steuern tiefer sind. Den nationalen Finanzausgleich (NFA) halte ich für eine Fehlkonstruktion, allerdings aus anderen Gründen als die Geberkantone. Selbstverständlich braucht es einen Ausgleich zwischen strukturschwächeren und strukturstarken Regionen. Die Kantonsgrenzen decken sich nicht mit den tatsächlichen Wirtschafts- und Lebensräumen. Was wäre beispielsweise der Tiefsteuerkanton Schwyz ohne die Grossregion Zürich mit Flughafen und Kultureinrichtungen? Ich wünsche mir eine gewisse Steuerharmonisierung, auch wenn das derzeit nicht mehrheitsfähig ist. Ich stehe für einen flächendeckenden Service public ein, damit auch Randregionen lebenswert bleiben.

Wie wollen Sie das den Leuten schmackhaft machen?
Fagetti: Letztlich geht es um die erwähnte Chancengleichheit. Meiner Meinung nach darf die soziale Herkunft oder die Region keine Rolle spielen. Beim NFA wird ums Geld gestritten, was regelmässig zu Unstimmigkeiten führt. Die Kantone gegeneinander ausspielen schwächt langfristig den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz. Das ist nicht klug.

Was antworten Sie Leuten, die finden, Ihre Kandidatur sei eine Farce?
Fagetti: Zunächst nehme ich ein demokratisches Recht wahr – wie zum Beispiel Magdalena Martullo-Blocher das in Graubünden auch macht. So gesehen ist es schon mal keine Farce. Zudem hätte ich meine Kandidatur zurückgezogen, wenn jemand aus Nidwalden angetreten wäre. Mein Hauptanliegen ist es, dass überhaupt eine Wahl stattfindet. Erst so wird sichtbar, wer Peter Kellers Politik befürwortet – oder eben ablehnt. Es ist unwahrscheinlich, dass ich gewählt werde. Dennoch nehme die Kandidatur ernst. Für mich hätte eine Wahl Konsequenzen. Ich bin sehr gerne Journalist und müsste meinen Beruf aufgeben, weil ich die Rolle als Journalist nicht mit der des Politikers vereinbaren kann. Ich will die Nidwaldner nicht belehren. Sie wissen selbstverständlich viel besser Bescheid über ihren Kanton. Aber wenn man sich anstrengt, kann man sich in eine solche Aufgabe hineinknien.